

Frau Siebke gibt an, dass ihr und der Verwaltung keine Änderungswünsche zum Protokoll der Sitzung vom 08.03.2022 eingegangen sind und bittet um Abstimmung.

zugestimmt

**Zu TOP 4 Prioritätenliste für den Investitionsbedarf des Landkreises Oder-Spree
im Zeitraum 2023 bis 2026 ff
Vorlage: 032/2022**

Frau Siebke gibt an, dass über die Bauvorhaben aus der Prioritätenliste ausführlich in der Sondersitzung am 27.04.2022 gesprochen wurden.

Frau Siebke übergibt Frau Zarling das Wort.

Frau Zarling teilt mit, dass zum Vorhaben 40-32 – Förderschule „geistige Entwicklung“ Standort Fürstenwalde – Regine Hildebrandt der Notartermin am 08.06.2022 mit der Stadt Fürstenwalde stattfinden wird. Es müssen noch kleine Teilstücke erworben werden, um den Bau der Regine Hildebrandt Schule veranlassen zu können.

Frau Siebke fügt an, dass in der Sitzung am 27.04.2022 verabredet wurde, eine gemeinsame Vorlage für den nächsten Kreistag zu erarbeiten. Das Treffen wird am nächsten Mittwoch mit Herrn Buhrke, Herrn Losensky und Frau Siebke stattfinden. Die Vorlage wird dann zur Abstimmung in die Fraktionen gegeben.

40-31 Herr Dietrich möchte wissen, wann genau die Fördermaßnahmen abgeschlossen werden muss. Frau Zarling gibt an, dass dies im Fördermittelbescheid steht.

40-6 Frau Heinrich möchte darum bitten, dass die Entfernung des Gymnasiums zum Sportplatz in Erkner korrigiert werden soll.

Frau Siebke bittet um Abstimmung und schließt den TOP.

einstimmig zugestimmt

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1

**Zu TOP 5 Bestätigung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis
Oder-Spree
Vorlage: 016/2022**

Frau Siebke übergibt das Wort an Herrn Kühne von der Stabstelle Ländliche Entwicklung.

Herr Kühne stellt anhand einer Präsentation das integrierte Klimaschutzkonzept für den Landkreis Oder-Spree vor (Anlage zu TOP 5).

Nach der Präsentation eröffnet Frau Siebke die Fragerunde.

Herr Schwäger fügt an, dass die Fraktion Linke einen Antrag zur Verstärkung einer Buslinie (aufgrund Sperrung Helenesee) gestellt. Die Gemeinden an der Strecke zwischen Müllrose und Eisenhüttenstadt haben nur den Schulbusverkehr. Dieser Antrag wurde aber abgelehnt. Wann werden solche Anträge auf Umwelt- und Klimaverträglichkeit geprüft. Es muss aktiv betrieben werden, sonst bringt es gar nichts.

Herr Kühne erklärt, dass die Verankerung in bestimmten Beschlüssen zum Thema Klimafreundlichkeit oder in bestimmten Anträgen im letzten Ausschuss auch angesprochen wurde. In jedem Beschluss werden immer die finanziellen Auswirkungen ausgewiesen, aber die klimatischen Auswirkungen sollten auch betrachtet werden. Die klimatischen Ziele sollten mit aufgenommen werden. Zum Thema Busverbindung gibt Herr Kühne an, dass mit den beteiligten Kommunen gesprochen wurde. Die Stadt Frankfurt Oder würde aber dieses ProAktiv nicht unterstützen wollen, da es auch mit Kosten verbunden ist. Der ländliche Raum soll besser angefahren werden. Es wäre sinnvoller und wirtschaftlicher vom Bahnhof Müllrose ins Müllroser Stadtgebiet einen Shuttle einzurichten. Dieser wäre günstiger als eine dauerhafte Linie.

Herr Dr. Zeschmann bezieht sich auf die Folie – 30 Maßnahmen. Der Schwerpunkt dieser Maßnahmen liegt bei einer klimaneutralen Kommunalverwaltung/Kreisverwaltung. Die Kreisverwaltung ist nicht allein nur der Landkreis, sondern nur ein kleiner Ausschnitt. Wenn die Kreisverwaltung selbst die internen Dinge umsetzt, dann ist es im Vergleich zum gesamten Landkreis, was das Klimathema angeht, ein Tropfen auf dem heißen Stein. Das Konzept ist sicherlich für eine klimaneutrale Kreisverwaltung ein guter Einstieg und sollte weiterverfolgt und umgesetzt werden. Die aufgeführten Maßnahmen sind im Wesentlichen unkonkret und auch nicht präzise sind. Z. B. E2 Solar-Offensive – es wird nicht konkret dargelegt, wie das Ziel umgesetzt oder erreicht werden kann. Eine Konkretisierung der Maßnahmen ist vor einer Beschlussfassung durch den Kreistag zwingend erforderlich. Sonst würden Erwartungen geweckt werden, die nicht eingehalten werden. Die Fraktion BVB/freie Wähler stellt den Antrag, dieses Konzept zurückzuweisen, zu konkretisieren und die Maßnahmen zu präzisieren, zu quantifizieren und zeitlich zu versehen. Dann kann das Konzept in den Kreistag.

Frau Siebke findet, dass dieses Konzept für jeden Landkreis in Deutschland zutreffen kann. Es ist zu allgemein gehalten. Das Spezifische fehlt, was den Landkreis Oder-Spree betrifft.

Herr Opitz fand es gut, dass bei den einzelnen Orten die Chancen, Risiken und den Handlungsbedarf rausgearbeitet wurden. Doch er schließt sich der Aussage von Herrn Dr. Zeschmann an, dass konkrete Informationen dargestellt werden. Z. B. Güterverkehr und Logistik, Eröffnung des Hafens Eisenhüttenstadt – Anstieg des Gütertransportes ist ein Risiko. Seit der Wende wird dafür gekämpft, dass mehr Verkehr auf die Schiffe verlagert werden soll. Die Stahlindustrie hatte den Vorteil, dass Wohnungen mit Fernwärme ausgestattet wurden. Ob in wenigen Jahren eine Umstellung möglich ist, ist fraglich. Einige Dinge aus dem Konzept müssten überarbeitet werden.

Herr Umbreit sieht dies als guten Rahmen für ein Klimakonzept. Leider geht dieser Rahmen nicht weiter. Der Bildungsausschuss hat eine spezielle Verantwortung für Schulen, für Sporteinrichtungen und für Schülerverkehr. Doch in dieser Richtung war nicht viel Brauchbares erwähnt worden. Wenn heutzutage neue Schulen gebaut werden, wird auch versucht klimaneutral zu bauen.

Herr Dr. Stiller fragt nach wieviel Millionen Euro in die Maßnahme M1 – starker ÖPNV investiert werden soll. Soll dieses Förderprojekt verlängert werden oder soll dieses Klimakonzept blockiert werden? Die Fraktion bekennt sich dazu, dass der Landkreis Oder-Spree die dringende Notwendigkeit des Klimaschutzes sieht. Auf der Basis der Leitbildersammlung soll es vorwärtsgehen. Vielleicht gibt es eine Förderung für 1 oder 2 Klimaschutz-ManagerInnen. Die Strategie hin zum Klimaschutz ist auch die Frage der Bildung. Besserer ÖPNV verlangt eigentlich nicht nur Geld, sondern neue BusfahrerInnen, die nicht da sind. Die Verwaltung muss ein Vorbild sein zum Klimaschutz. Dieses Klimaschutzkonzept soll im Juni im Kreistag beschlossen werden, aber im klaren Bewusstsein, dass die Arbeit dann erst richtig losgeht.

Herr Kühne unterstreicht die Aussagen von Herrn Dr. Stiller und Herrn Umbreit. Bei dem Klimaschutzkonzept handelt es sich um eine geförderte Erstmaßnahme, d. h. es ist wirklich ein guter Rahmen, um im Thema Klimaschutz erst einmal zu sagen, in welchen Bereichen will man tätig

werden. Zu viel mehr ist so ein erstes Klimakonzept noch gar nicht aufgerufen. Jede detaillierte Aussage wäre zwar schön und würde auch eine Beschlussfassung erleichtern. Die Erklärung, warum jetzt keine Qualifizierung oder Quantifizierung der Aussage getroffen wurde, bereits gegeben. Es gibt ein sehr großes Maßnahmenfeld. Da fällt es schwer jede Maßnahme mit Kosten zu versehen. Da müsste sich der Kreistag künftig über bestimmte Standards einig werden. Es müssen die Möglichkeiten genutzt werden, aufbauend aus diesem Konzept. Neue Maßnahmen sollen konkret unterlegt werden. Der Kreistag wird regelmäßig konsultiert. Das Konzept setzt einen Startschuss. Wir haben aber eine Förderlandschaft, die für jede Maßnahme eine Konkretisierung zulässt. Die Zeit und das Geld sollten entsprechend geholt werden. Zum Thema Lieferverkehr fügt Herr Kühne an, dass das Mobilitätskonzept im Juni auch verabschiedet wird. Dort ist das Thema Lieferverkehr auf der Oder-Spree-Wasserstraße aufgenommen. Die Schleuse Fürstenwalde ist vom LOS das große Nadelöhr. Der Landkreis ist nicht selbst Baulastträger. Es ist eine Bundeswasserstraße. Der Landkreis setzt sich dafür ein, dass diese entsprechend ertüchtigt wird. Erst dann hat auch eine Wasserstraße eine bestimmte Zukunft, so auch der Hafen in Eisenhüttenstadt. Es ist ein integriertes Konzept, d. h. in allen Bereichen, die im Rahmen mit der ländlichen Entwicklung zu tun haben, wurde ein Verschnitt vorgenommen. Damit unterstützt dieses Konzept andere Konzepte und umgekehrt.

Herr Dr. Zeschmann gibt an, dass wenn es zwingend erforderlich ist, um weitere Fördermittel zu bekommen, um eben die Maßnahmen deutlicher zu präzisieren, dann kann das Klimaschutzkonzept für die Kreisverwaltung beschlossen werden. Dies wäre der erste Schritt.

Frau Siebke fasst nochmal zusammen, dass dieses Klimaschutzkonzept noch kein endgültiges Konzept ist, sondern den Einstieg in einen Prozess bildet und die Grundlage für den Rahmen ist, indem sich die weitere Konkretisierung vollziehen soll, darstellt. Das Konzept muss spezifischer werden und dies soll Schritt für Schritt erfolgen.

Frau Siebke bittet um Abstimmung und schließt den TOP.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 6 Nein 1 Enthaltung 1

Zu TOP 6 Sonstiges

Frau Siebke übergibt Frau Franz-Zirwer, kommissarische Amtsleiterin vom Schulverwaltungsamt das Wort.

Frau Franz-Zirwer teilt mit, dass vom aktuellen Schulspeisenversorgers Firma Saxonia Catering GmbH & Co. KG eine außerordentliche Kündigung für die Bereiche Beeskow, Eisenhüttenstadt und Fürstenwalde vorliegt. Die Kündigung ist auf die geringe bzw. rückläufige Anzahl an Essenteilnehmern zurückzuführen. Dadurch können die anfallenden Kosten nicht mehr gedeckt werden. Vom Schulverwaltungsamt wurde eine neue Ausschreibung für die Essenversorgung ausgelöst. Die Ausschreibung läuft mit einer verkürzten Ausschreibungsfrist, aufgrund der Dringlichkeit.

Des Weiteren teilt Frau Franz-Zirwer mit, dass das Ministerium beabsichtigt am OSZ Oder-Spree den neuen Beruf Werkfeuerwehrmann/Werkfeuerwehfrau mit Beginn des neuen Schuljahres einzurichten. Dazu liegt ein Entwurf vom MBSJ vor. Es sind hierzu Vorabstimmungen mit den zuständigen Stellen des Landes Brandenburg, dem OSZ und den Ausbildern der BASF, dem BER, der ArcelorMittal und der Tesla erfolgt, mit dem Ziel der Einrichtung einer Landesfachklasse für den dualen Ausbildungsberuf am OSZ Oder-Spree Standort Eisenhüttenstadt. Derzeit werden die Auszubildenden aus Brandenburg in Niedersachsen beschult und ausgebildet. Es ist beabsichtigt durch das MBSJ nach fachlicher Prüfung das OSZ Oder-Spree als neuen Ausbildungspartner im Beruf Werkfeuerwehrmann/Werkfeuerwehfrau festzulegen. Was spricht für das OSZ Oder-Spree aus Sicht des MBSJ? Es spricht die vorhandene Ausstattung

der Schule, insbesondere die Lernwerkstatt vor Ort dafür. Weiterhin befindet sich in Eisenhüttenstadt die Landesfeuerwehrschule, daraus können sich Synergieeffekte ergeben. In Bad Saarow befindet sich die Akademie der Gesundheit, in der die Sanitäterausbildung stattfinden kann. Zum Weiteren spricht die Organisation und Zusicherung einer Wohnheimunterbringung über die AWO in Eisenhüttenstadt dafür. Mit Stand April ergibt sich aus den Rückmeldungen seitens der Ausbildungsbetriebe eine Azubianzahl von 16 im ersten Lehrjahr. Somit kann ab dem Schuljahr 2022/2023 eine Landesfachklasse im ersten Ausbildungsjahr im Ausbildungsberuf Werkfeuerwehrmann/Werkfeuerwehrfrau an der Europaschule in Eisenhüttenstadt eingerichtet werden. Welche Veränderungen oder Folgen ergeben sich daraus? Nach jetzigem Kenntnisstand müsste die Kapazität der AWO erhöht werden. Dies bedeutet die AWO müsste eine neue Betriebserlaubnis beim MBS beantragen. Dazu wird in der nächsten Woche ein Gespräch mit der AWO stattfinden. Nach Aussage des MBS ist diese Entwicklung der Einrichtung eines neuen Ausbildungsberufes im Schulentwicklungsplan zu berücksichtigen. In Abstimmung mit dem MBS kann dies in einem Teil 2 zum Schulentwicklungsplan erfolgen. Ein Entwurf zur Schülerzahlenprognose wird derzeit erarbeitet und mit dem MBS abgestimmt, sodass dieser Teil 2 voraussichtlich in der nächsten Sitzungsperiode beschlossen werden kann.

Herr Umbreit fragt nach, wer die Auszubildenden ausbilden wird. Gibt es Angebote zur Weiterbildung von KollegenInnen?

Herr Kaslack, Abteilungsleiter am OSZ in Eisenhüttenstadt erklärt, dass laut Rahmenplan die Werkfeuerwehrlaute in den ersten 1 ½ Jahren ganz normal in den Handwerksberufen ausgebildet werden, die am OSZ sowieso ausgebildet werden. In den 1 ½ Jahren hat das OSZ Zeit sich mit den Feuerwehren ins Benehmen zu setzen. Es gibt enge Kontakte mit der Feuerwehr, sie stellen Lehrstunden aus ihrem Personal zur Verfügung, um am OSZ zu referieren und um die Lehrer weiter zu bilden. Es werden bzw. können dann Lehrer eingestellt werden.

Herr Umbreit fragt nach, wie es mit der technischen Ausstattung aussieht.

Herr Kaslack gibt an, dass sich die technische Ausstattung an speziellen Geräten für die Berufsschule in Grenzen hält. Der Vorteil von Eisenhüttenstadt ist nicht nur die Werkfeuerwehr von ArcelorMittal, sondern es gibt auch die Berufsfeuerwehr von der Stadt Eisenhüttenstadt. Beide haben signalisiert, dass das OSZ Teile ihrer Ausrüstung nutzen darf. Der Bildungsausschuss muss kein Feuerwehrauto anschaffen.

Frau Siebke fügt an, dass es eine Anfrage gab, die die freie Schule in Hangelsberg betraf. Es soll wohl eine Konfusion mit dem Schulentwicklungsplan gegeben haben.

Frau Zarling erklärt, dass in der Entwicklung des Schulentwicklungsplanes auch die privaten Schulträger beteiligt werden. Sie werden im Vorfeld um Stellungnahme oder Zuarbeit gebeten. Seitens der Schule noch des Schulträgers ist niemand an das Schulverwaltungsamt herangetreten, um Zahlen zu liefern bzw. die angegebenen Prognosen im Rahmen einer Stellungnahme zu widerlegen. Das Schulverwaltungsamt geht von diesen prognostizierten Zahlen aus, aufgrund keiner Zuarbeit des Schulträgers. Der Schulentwicklungsplan eines Landkreises kann nicht in Zügigkeit und Anzahl von Kinder an freien Schulen eingreifen.

Frau Siebke bedankt sich bei den Anwesenden und wünscht eine gute Heimfahrt.

zur Kenntnis genommen

Ingrid Siebke

Vorsitzende des Ausschusses
für Bildung, Kultur und Sport

Manuela Wichmann

Schriftführerin